

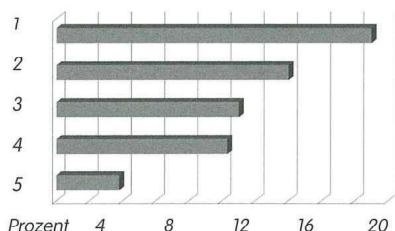
### EU-Studie bescheinigt den Freien Berufen starke wirtschaftliche Bedeutung

Mahnte der im Frühjahr veröffentlichte OECD-Wirtschaftsbericht noch einen zu hohen Restriktionsgrad sowie eine mangelhafte Produktivität der Freien Berufe in Europa an (s. DIB Juni / 2014), so zieht nun eine Studie des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zur „Lage der freien Berufe in ihrer Funktion und Bedeutung für die europäische Zivilgesellschaft“ ein weitaus differenzierteres Fazit. Die Autoren der Studie – Prof. Dr. Martin Henssler und Prof. Achim Wambach vom Europäischen Zentrum für Freie Berufe der Universität – kommen zu der Erkenntnis, dass die Freien Berufe sich innerhalb der EU als eine der wichtigsten Stützen der Wirtschaft etabliert haben. So sei dieser Sektor insbesondere in den Krisenjahren weitaus weniger eingebrochen als andere Wirtschaftszweige und habe in Folge maßgeblich zur Stabilisierung der Gesamtwirtschaft beigetragen. Mittlerweile erbringen die Freien Berufe rund 10 Prozent des BIPs der EU und sichern somit fast 27 Millionen Arbeitsplätze. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei den Ingenieurbüros zu. Diese erwirtschaften im Sektor „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ nahezu ein Fünftel des Umsatzes und erweisen sich somit auch im europaweiten Vergleich als wirtschaftliche Leistungsträger.

#### Ist eine Deregulierung der Freien Berufe erforderlich?

Angesichts der veröffentlichten Zahlen stellt sich die Frage, ob die von der OECD angemahnte Liberalisierung der Freien Berufe (z.B. die Abschaffung der HOAI) tatsächlich erforderlich ist, um vermeintliche

Wachstumspotenziale freizusetzen. Im Rahmen der Studie des EWSA wurden daher Unternehmen direkt zu den empfundenen Wachstumshemmnissen befragt und gaben an, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen eher selten hinderlich sind. Vielmehr haben die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, die (sinkende) Nachfrage auf lokalen Märkten, der Preiswettbewerb sowie hohe Arbeitskosten einen hemmenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der befragten Unternehmen. Die Studie des EWSA kommt daher zu dem Schluss, dass die „von verschiedener Seite“ geforderte Deregulierung des Berufsrechts der Freien Berufe nicht zwingend zu besseren Marktergebnissen, höheren Beschäftigtenzahlen und sinkenden Verbraucherpreisen führt. Denn der Kostenvorteil durch eine Deregulierung könne schnell zu einem Qualitätsdefizit führen. Und dies müsse in der Gesamtbewertung schließlich gegeneinander aufgerechnet werden.



Im Sektor „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ erbringen die Ingenieurbüros den höchsten Anteil des Umsatzes:

1. **Ingenieurbüros** - 18,8 Prozent
2. **Unternehmensberatung** - 13,9 Prozent
3. **Wirtschaftsprüfung** - 10,8 Prozent
4. **Rechtsberatung** - 10,2 Prozent
5. **Architekturbüros** - 3,6 Prozent

Ingenieurkammer Sachsen ist Bestellskörperschaft für Sachverständige	Seite 2
Eintragung in die Liste der qualifizierten Brandschutzplaner ab sofort möglich	Seite 2
2.100 sächsische Ingenieure nutzen den Ingenieurausweis	Seite 2
Aktuelle Informationen der Bayerischen Versorgungskammer	Seite 3
ingrecht: Aktuelle Urteile und Gerichtsentscheidungen	Seite 3
Neue Mitglieder   Bekanntmachungen der Ingenieurkammer	Seite 4
Veranstaltungen   Seminare   Tagungen   Messen	Seite 5/6

#### Editorial

**Kein Rundumschlag gegen Freie Berufe, sondern eine differenzierte Betrachtung** – anders als die Verfasser des OECD-Wirtschaftsberichtes haben sich die Auto-



ren der Studie für den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss mit dem Sektor der Freien Berufe ausgiebig befasst und erkannt, dass eine grundlegende Liberalisierung weder wirtschaftliche und erst recht keine gesellschaftlichen Vorteile mit sich bringt. Denn „die Bedeutung der Freien Berufe liegt qualitativ in ihrem Beitrag zur Schaffung und dem Erhalt wichtiger gesellschaftlicher Infrastruktur“ und nicht in optimierten Marktergebnissen. Gerade Ingenieurbüros erbringen zu diesem „Beitrag“ schon jetzt einen beträchtlichen Teil – nämlich fast ein Fünftel des Umsatzes bei „Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“. Dass eine europaweite Deregulierung per se zu einer noch höheren Wertschöpfung führt, ist aufgrund der zu erwartenden Qualitätsdefizite jedoch mehr als fraglich. Erst recht, wenn diese Deregulierung zentral durch die EU veranlasst wird – ohne Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Berufsstände und Mitgliedsstaaten. Daher zieht die EWSA-Studie den richtigen Schluss, wonach die „jeweiligen Regulierungssysteme autonom“ – also innerhalb der Mitgliedsstaaten – fortzuentwickeln sind. Dies würde auch dem von der EU so oft propagierten Prinzip der Subsidiarität entsprechen.

Dr.-Ing. Arne Kolbmüller  
Präsident